

Schriftlicher Bericht

Naturschutz gegen Rechtsextremismus – Zwischenbericht

Berichtersteller: Bund

1. Veranlassung

Auf der 95. UMK am 13.11.2020 haben die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder den Bund gebeten, ein „Aktionsprogramm Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ zu entwickeln, in dem Aktivitäten des Bundes und der Bundesländer im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber auch in der Aus- und Fortbildung von Fachkräften zusammengetragen werden, und dieses regelmäßig fortzuschreiben. In einem ersten Bericht zur 68. ACK / 97. UMK hat BMUV die Ergebnisse einer Abfrage bestehender relevanter Programme bei Ländern, Bund, Deutscher Bundesstiftung Umwelt (DBU) und Verbänden im Bereich Naturschutz gegen Rechtsextremismus sowie erste Überlegungen zu einem möglichen Aktionsprogramm vorgelegt. Mit Umlaufverfahren 52.2022 wurde ein zweiter Bericht der UMK vorgelegt und ein weiterer Bericht für Herbst 2023 angekündigt. Dieser Bericht wird hiermit vorgelegt.

2. Weiteres Fachgespräch mit zentralen Akteur*innen

Am 4. September 2023 fand auf Einladung des BMUV ein weiteres Fachgespräch mit Vertreter*innen aus den Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Antirassismus tätig sind, statt. Die Teilnehmenden berichteten, welche Entwicklungen zum Thema „Naturschutz und Rechtsextremismus“ es seit dem vergangenen Austausch am 23. Juni 2022 in ihren Arbeitsbereichen gab und stellten Projekte, Veranstaltungen sowie Publikationen vor. In einer offenen Diskussion wurden aktuelle Herausforderungen und Lösungsvorschläge besprochen. Dabei ging es unter anderem um die Notwendigkeit der historischen Aufarbeitung und geeignete Kommunikationsmaßnahmen bei rechtsextremen Interventionen. Der Austausch soll im Jahr 2024 fortgesetzt werden.

3. Wissenschaftliche Begleitung zum Thema „Naturschutz gegen Rechts-extremismus“

Seit Oktober 2022 läuft das FuE-Vorhaben „Reaktionsstrategien gegen rechtspopulistische Interventionen im Naturschutz“ mit dem Ziel der wissenschaftlichen Analyse von Strategien und Vorgehensweisen rechter Akteur*innen bei politischen Interventionen im Naturschutz. Darauf aufbauend sollen Vorschläge zu geeigneten Maßnahmen, Programmen und Aktivitäten entwickelt werden, um den Stellenwert dieses Themas in der politischen Landschaft zu verbessern und relevante Akteur*innen adäquat zu unterstützen.

Die Arbeiten schreiten voran, im Rahmen verschiedener Fallstudien, von Online-Befragungen bei Umweltverbänden sowie durch Interviews wurden und werden Daten erhoben und aktuell ausgewertet. Vorläufige Forschungsergebnisse zeigen die Unterschiedlichkeit rechtspopulistischer Einflussnahmen, Schwierigkeiten, diese entsprechend zu identifizieren und die Verschiedenheit von ergriffenen Reaktionsmaßnahmen. Es hat sich im Projekt zudem gezeigt, dass die Thematik vielschichtig ist, und generell bestehen auch Bezüge zu übergreifenden Fragen von populistischen Tendenzen im Bereich der Umweltpolitik. Mögliche Reaktionsstrategien sollen aufbauend auf den Ergebnissen im nächsten Jahr untersucht werden.

4. Weitere Aktivitäten des BMUV

Die bereits im letzten Bericht angesprochenen Aktivitäten sind weitergeführt worden:

Das Vorhaben „Umweltpolitik im Dialog“ soll bis Ende 2024 dazu beitragen, die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung, insbesondere angesichts der aus dem Populismus resultierenden demokratischen Herausforderungen, weiter zu stärken und zukunftsfähiger zu machen. Nicht zuletzt soll über das Vorhaben das Vertrauen der Bürger*innen in die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung gestärkt werden.

In einem ersten Schritt wurden hierfür mit Hilfe von clusteranalytischen Verfahren und über Literaturrecherchen innerhalb der einer ambitionierten Umweltpolitik gegenüber ablehnend oder skeptisch eingestellten deutschen Bevölkerungsgruppen sechs verschiedene Sozialfiguren (Typen) identifiziert. Für diese Typen werden in einem zweiten Schritt nun spezifische Ansprache- und Beteiligungsformate entwickelt und erprobt. Damit können letztlich Bürger*innen (wieder) erreicht werden, die sich vom Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit abgewandt haben bzw. grundsätzlich schwerer erreichbar sind.

Weitere Informationen: <https://www.bmuv.de/buergerservice/beteiligung/umweltpolitik-im-dialog-umwelt-populismus-und-demokratie>

Im Vorhaben „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ soll praxistaugliche, wissenschaftliche Beratung geleistet werden, wie Umwelt- und Klimapolitik auf sogenannte populistische oder ähnliche Einflussnahmen seitens unterschiedlicher Akteur*innen effektiv reagieren kann. Hauptziel des Vorhabens ist die Entwicklung einer Strategie zur Stärkung der Umweltpolitik gegenüber diesen Herausforderungen. In verschiedenen Werkstätten und Workshops erarbeiten betroffene Interessengruppen gemeinsam Handlungsbedarfe und -möglichkeiten, Perspektiven und Ziele der Strategie. Die Empfehlungen sollen insbesondere die Kommunikation des Umweltressorts unterstützen; Übertragungspotentiale auf andere Institutionen werden geprüft.

Den Projektflyer des UBA ist hier zu finden: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2378/dokumente/uba_flyer_dt_upopop_230114.pdf

Als erstes Ergebnis der Projektarbeiten wird ein Fact-Sheet des UBA zu populistischen Narrativen und einer Begriffseingrenzung Ende 2023 veröffentlicht werden.

5. Weiteres Vorgehen

Die unterschiedlichen Aktivitäten des BMUV beleuchten das Spannungsverhältnis von Umweltpolitik und Populismus aus verschiedenen Blickwinkeln. Es zeigt sich, dass Umweltpolitik und Populismus sowie Rechtsextremismus und Naturschutz thematische Berührungspunkte und Querbezüge aufweisen, die stärker im Kontext betrachtet werden sollten. Es erscheint insoweit zielführend, nicht nur die Einzelaspekte, sondern stärker auf die generelle Zunahme antidemokratischer und institutionenkritischer Haltungen und deren Anknüpfungspunkte zur Umweltpolitik in den Blick zu nehmen, um wirksame Handlungsstrategien zu entwickeln. Sobald erste Ergebnisse aus den wissenschaftlichen Vorhaben vorliegen, sollen diese genutzt werden, um das weitere Vorgehen zu konkretisieren.